

## 3.4NEU2 Alle für eine, eine für alle: Demokratie

Gremium:	landesvorstand
Beschlussdatum:	22.10.2018
Tagesordnungspunkt:	3. Innovativ, modern - für ein weltoffenes Brandenburg
Status:	Modifiziert

1 Für uns bedeutet Demokratie mehr als Parlamentarismus. Und Demokratie ist kein starrer Rahmen, sondern  
2 ist einem steten Wandel unterworfen. Diesen Wandel wollen wir aktiv im Sinne demokratischer  
3 Willensbildung voranbringen. Wir wollen direkte, dialogische und repräsentative Formen der Beteiligung  
4 miteinander verzahnen, um die Vorteile der verschiedenen Verfahren zur Geltung zu bringen. Bereits als  
5 Opposition konnten wir in den letzten Jahren die rot-rote Landesregierung zu einigen Veränderungen  
6 bewegen. So tagen seit 2009 die Ausschüsse des Landtages auf unseren Antrag hin öffentlich und nicht  
7 mehr hinter verschlossenen Türen. Ebenfalls auf unseren Antrag hin wurde das Wahlalter in Brandenburg  
8 auf 16 gesenkt. Zuletzt konnten wir im Bereich der direkten Demokratie Verbesserungen erreichen. So  
9 braucht es zukünftig bei Bürgerbegehren nur noch eine amtliche Kostenschätzung statt eines konkreten  
10 Kostendeckungsvorschlags, weiterhin wird das jeweilige Anliegen nicht mehr von der betroffenen  
11 Gemeinde, sondern von der neutraleren Kommunalaufsicht auf seine Rechtmäßigkeit geprüft. Im siebten  
12 Anlauf konnten wir rot-rot schließlich überzeugen die Kinder- und Jugendbeteiligung obligatorisch in der  
13 Kommunalverfassung zu verankern. Endlich sollen Kinder und Jugendliche einbezogen werden, wenn es in  
14 der Kommunalpolitik um ihre Belange geht. Für uns gibt es in diesem Bereich aber weiterhin viel zu tun,  
15 um die Demokratie in Brandenburg weiter voran zu bringen und auch, um sie gegen deren Feinde zu  
16 verteidigen.

### 17 **Repräsentative Demokratie weiter entwickeln**

18 Die parlamentarische Demokratie ist der Regelfall und sie soll es auch bleiben, denn trotz aller Unkenrufe  
19 funktioniert sie sehr gut. Das bedeutet allerdings nicht, dass keine Verbesserungen mehr möglich sind. Die  
20 Unterrepräsentanz bestimmter Teile der Bevölkerung, geringe Einflussnahme auf die personelle  
21 Zusammensetzung des Parlaments, sowie mangelnde Möglichkeiten zur Beteiligung am  
22 Gesetzgebungsverfahren wollen wir angehen. Wir wollen das Wahlrecht dahingehend reformieren, dass  
23 zum einen eine 50-prozentige Repräsentanz von Frauen im Parlament sichergestellt wird. Zum anderen  
24 sollen die Menschen über offene Listen und Rangfolgewahlverfahren mehr Einfluss auf die konkrete  
25 personelle Zusammensetzung des Landtags haben. Wir wollen eine Debatte über die Senkung des  
26 Wahlalters auf 14 Jahre anstoßen. Damit würde sichergestellt, dass die erste Wahl in allen Fällen noch  
27 während der Schulzeit stattfindet, und diese schulisch begleitet werden könnte. Untersuchungen betonen,  
28 dass die Teil- oder Nichtteilnahme an der ersten Wahl entscheidend für die Teilnahme an weiteren Wahlen  
29 ist. Bürgermeister\*innen sowie Landrätinnen und Landräte wollen wir parallel zu den  
30 Gemeindevertretungen und Kreistagen wählen und die Amtszeiten synchronisieren. Stichwahlen und  
31 Mindestquoren wollen wir abschaffen und stattdessen ein Rangfolgeverfahren einführen.

32 Bei der Gesetzgebung wollen wir die Erfahrungen aus Baden-Württemberg mit der „Politik des Gehört  
33 Werdens“ aufgreifen. So sollen auch Bürger\*innen wichtige Gesetzesvorschläge der Regierung auf einem  
34 zentralen Beteiligungsportal im Zuge der ohnehin stattfindenden Verbändeanhörung kommentieren  
35 können. Das zuständige Ministerium gibt nach einer Sichtung eine zusammenfassende Stellungnahme ab,  
36 die auf dem Beteiligungsportal veröffentlicht wird. In Workshops, Bürgerdialogen, Bürgerforen und  
37 Bürger-Panels, Runde Tische, World-Cafés u.a. werden Betroffene oder zufällig ausgewählte Bürgerinnen  
38 und Bürger einbezogen und können die Gesetzesentwürfe diskutieren und Vorschläge und Hinweise  
39 sammeln. Ein\*e Staatssekretär\*in für Bürgerbeteiligung verantwortet das Ganze und weist potentiell  
40 Interessierte aktiv auf laufende Beteiligungsverfahren hin. Wir wollen dies in eine Gesamtstrategie  
41 einbetten, welche die Anregungen der Bürger\*innen mit bestehenden Beteiligungsinstrumenten verzahnt,

42 die nötigen Kompetenzen in der Verwaltung aufbaut und den gesamten Ablauf transparent auf dem  
43 Beteiligungsportal zusammenführt. Alle öffentlichen Ausschuss- und Plenums-Sitzungen sollen durch  
44 einen Livestream auch im Internet verfolgbar sein, wie es in einigen Gemeinden bereits der Fall ist.

#### 45 **Direkter Demokratie zum Durchbruch verhelfen**

46 Die auch von uns angeschobenen Verbesserungen der letzten Jahre können nicht darüber hinwegtäuschen,  
47 dass es die direkte Demokratie in Brandenburg immer noch deutlich schwerer hat als in anderen  
48 Bundesländern. Wir wollen die Themen-Ausschlusskataloge weiter entschlacken, Hürden senken, die freie  
49 Unterschriftensammlung für Volksbegehren zulassen und Volksbegehren und -Entscheiden eine  
50 Kampagnenkostenersatzung von 25cent je Stimme bewilligen. Auf der kommunalen Ebene müssen  
51 insbesondere die Möglichkeit auch über Themen der Bauleitplanung abzustimmen geschaffen und die  
52 Fristen für Bürgerbegehren gegen Entscheidungen der Kommunalvertretungen verlängert werden. Sollte  
53 es zu Privatisierungen von landesweiter Bedeutung kommen, wollen wir dafür eine Zwei-Drittel-Mehrheit  
54 vorschreiben. Sollten diese lediglich mit einfacher Mehrheit zu Stande kommen, müsste ein dann  
55 obligatorischer Volksentscheid dem zustimmen. Ausgeschlossen sind dabei Privatisierungen, die aus  
56 Entscheidungen höherer Ebenen resultieren. Termine von Abstimmungen und Wahlen sollen nach  
57 Möglichkeit zusammengelegt werden. Bürgerbegehren wollen wir auch auf Orts- und Stadtebene  
58 zuzulassen, wenn das Begehren sich lediglich auf diese bezieht.

#### 59 **Dialogische Verfahren stärker nutzen**

60 Dialogische Verfahren jenseits von Parlament und Direkter Entscheidung helfen gegen  
61 Falschinformationen und können Debatten versachlichen. Damit wirken sie Pauschalurteilen, Polarisierung  
62 und innerer Emigration vor. Dafür steht eine Fülle von Formaten bereit, welche teilweise auch schon  
63 genutzt werden, wie zum Beispiel Bürgerhaushalte, Einwohnerversammlungen oder durch Los bestimmte  
64 Zufallsgruppen. Sogenannte aufsuchende Formate, wie sie z.B. in Rahmen des Programms „Soziale Stadt“  
65 praktiziert werden, können dabei helfen, eher politik- und bildungsferne Bevölkerungsgruppen, junge  
66 Erwachsene und Familien, sowie Menschen mit Migrationshintergrund an der Gestaltung der Gesellschaft  
67 teilhaben zu lassen. Wichtig ist, dass auch die Verwaltung die nötigen Kompetenzen für die  
68 Beteiligungsformate erhält. Bereits im Verwaltungsstudium und in späteren Weiterbildungen wollen wir in  
69 Brandenburg Bürgerbeteiligung als Bestandteil des Lehrplans etablieren. Diese Kenntnisse ermöglichen es,  
70 den Wert von Beteiligung zu erkennen und Beteiligungsprozesse souverän zu initiieren und zu gestalten.

#### 71 **Transparenzgesetz einführen**

72 Politik und Verwaltung sollten stets offenlegen welche Grundlagen hinter ihrem Handeln stehen, um  
73 fundierte politische Debatten zu ermöglichen. Die Vorstellung des "Amtsgeheimnisses" wollen wir durch  
74 eine Kultur der Transparenz ersetzen, in der Verwaltungsdokumente automatisch, maschinenlesbar und zur  
75 weiteren Verwendung veröffentlicht werden, wenn nicht wichtige Gründe dagegen stehen. Dafür wollen  
76 wir die verschiedenen Informationsgesetze (UIG, AIG, Verbraucherinformationengesetz) zu einem  
77 Transparenzgesetz weiter entwickeln, das sich an den Regelungen des Hamburger Beispiels orientiert. Alle  
78 Verwaltungsdaten sowie Verträge, Regierungsdokumente oder Gutachten, die keiner Schutzbedürftigkeit  
79 unterliegen (z.B. personenbezogen oder als geheim eingestuft) sollen in offenen, maschinenlesbaren  
80 Formaten proaktiv und zeitnah auf einer zentralen Online-Plattform („Open Data-Portal“) verfügbar  
81 gemacht werden. Wer sich um öffentliche Aufträge bemüht, der muss auch die Offenlegung von  
82 Informationen zu dem Auftrag akzeptieren.

#### 83 **DDR-Unrecht weiter aufarbeiten**

84 Knapp 30 Jahre nach dem Ende der DDR ist eine Aufarbeitung des dort geschehenen Unrechts weiterhin  
85 wichtig. Viele der Betroffenen bzw. ehemals Verfolgten leiden bis heute unter den Folgen und müssen  
86 unterstützt werden. Zugleich gilt es, die Erinnerung wachzuhalten und hieraus das Bewusstsein für die  
87 Demokratie zu stärken. Der Brandenburger Landtag hat insbesondere aufgrund unserer Initiative für eine  
88 Enquetekommission in der letzten Legislaturperiode einen umfangreichen Aufarbeitungsprozess  
89 durchlaufen, welcher nach wie vor andauert. Von 2010 bis 2014 setzte sich die Enquetekommission 5/1 des

90 Landtags Brandenburg ausführlich mit dem Thema „Aufarbeitung der Geschichte und Bewältigung von  
91 Folgen der SED-Diktatur und des Übergangs in einen demokratischen Rechtsstaat im Land Brandenburg“  
92 auseinander. Im Mittelpunkt der aktuellen Diskussionen stehen die Verbesserung der sozialen Lage  
93 ehemals Verfolgter sowie das Engagement dafür, dass es auch zukünftig eine Außenstelle der  
94 Stasi-Unterlagenbehörde (BStU) in Brandenburg geben wird.

95 Wir fordern eine fortdauernde und umfangreiche Aufarbeitung von DDR-Unrecht und eine Umsetzung der  
96 Empfehlungen der Enquetekommission. Maßnahmen zum Gedenken an das geschehene Unrecht, z.B. in  
97 Form von Mahnmalen und Gedenkstättenbesuchen, wollen wir weiter fördern. Opfer der kommunistischen  
98 Gewaltherrschaft brauchen die Unterstützung und Solidarität des Landes bei der Anerkennung,  
99 Rehabilitierung und Entschädigung.

#### 100 **Ehrenamt stärken**

101 Brandenburg lebt vom Ehrenamt. In Willkommensinitiativen, in Sportvereinen, in der Jugendarbeit, im  
102 Kulturbereich, beim Bürgerbus, bei sozialen Organisationen und den Tafeln, im Umweltschutz, in der Politik,  
103 bei der Feuerwehr, in Kirchen und an vielen weiteren Orten. In ungezählten Stunden bringen sich viele  
104 Menschen für die Gesellschaft ein. Und stützen somit den gesellschaftlichen Zusammenhalt.  
105 Alteingesessene und Neuzugewanderte packen im Land freiwillig an und füllen so manche Lücke in der  
106 Versorgung. Wir Bündnisgrüne machen uns für die Belange der Ehrenamtlichen stark und wollen sie dabei  
107 weiter unterstützen.

108 Wir wollen die Ehrenamtskarte, die es in Brandenburg seit 2013 gibt und von der viele Ehrenamtler\*innen  
109 profitieren, attraktiver und bekannter machen sowie den Inhaber\*innen vergünstigte Fahrten im  
110 Öffentlichen Personennahverkehr in Berlin und Brandenburg ermöglichen. Wer sich unbezahlt in die  
111 Dienste der Gesellschaft stellt, soll nicht auch noch für die vollen Fahrtkosten zu einer Fortbildung  
112 aufkommen müssen.

113 Die freiwillige Arbeit junger Menschen wollen wir honorieren, wo wir nur können. Ein freiwilliges soziales,  
114 ökologisches oder kulturelles Jahr ist eine Bereicherung für die persönliche Entwicklung ebenso wie für  
115 unsere Gesellschaft. Es muss dafür ausreichend Angebote geben. Wir werben auch dafür, dieses  
116 Engagement zu berücksichtigen, etwa bei der Vergabe von Ausbildungs- oder Studienplätzen. Auch in der  
117 Schule wollen wir ehrenamtliches Engagement stärken, etwa die Mitarbeit bei der Schüler\*innenvertretung  
118 oder Schüler\*innenzeitung. Die Schulen wollen wir ermuntern, den Schüler\*innen den Einsatz innerhalb  
119 eines Ehrenamtes näher zu bringen und dieses in Projekttag oder Wochen zu integrieren.

120 Die Arbeit der Freiwilligen benötigt auch professionelle Unterstützung. Deshalb wollen wir in der  
121 Projektförderung für die Arbeit mit Geflüchteten die Übernahme von Verwaltungskostenpauschalen  
122 einführen. Außerdem möchten wir Angebote zu Fortbildung, Beratung und Supervision fördern. Wir wissen,  
123 dass der Staat für ein funktionierendes Verwaltungshandeln und professionelle Sozialarbeit zuständig ist.  
124 Ehrenamtliches Engagement kann qualifizierte Arbeit, vor allem im Sozialbereich, nur ergänzen, nicht  
125 ersetzen. Gerade weil das ehrenamtliche Engagement ein Kernstück der aktiven Gesellschaft ist, wollen wir  
126 es vor Missbrauch schützen.

127 Auf Bundesebene werden wir prüfen, ob durch ehrenamtliche Tätigkeit auch zusätzliche Rentenpunkte zu  
128 erwerben sind.